Wochenblatt

für Zschopau und Umgegend

Das „Wochenblatt für Zschopau und Umgegend, Zschopauer Tageblatt und Anzeiger", erscheint werktäglich. Monatlicher Bezugspreis 1.70 Mk. Zustellgeb. 30 Pfg. Bestellungen werden in unsf. Geschäftsst. von den Boten, sowie von allen Postanstalten angenommen

Zschopauer Tageblatt u. Anzeiger

Das Wochenblatt für Zschopau und Umgegend (Zschopauer Tageblatt und Anzeiger) ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Finanzamts und des Stadtrats zu Zschopau behördlicherseits bestimmte Blatt

Bankkonten: Erzgebirgische Handelsbank e. G. m. b. H. Zschopau. Gemeindegirokonto: Zschopau Nr. 41
Postscheckkonto: Leipzig Nr. 42884 — Fernsprecher Nr. 712

Anzeigenpreise: Die 46 mm breite Millimeterzeile 7 Pf.; die 90 mm breite Millimeterzeile im Textteil 25 Pf.; Nachlaßstaffel A; Ziffer- und Nachweisgebühr 25 Pf., zuzüglich Porto.

Zeitung für die Orte: Krumhermersdorf, Waldkirchen, Börnichen, Hohndorf, Wilischthal, Weißbach, Dittersdorf, Gornau, Dittmannsdorf, Witzschdorf, Scharfenstein, Schlößchen-Porschendorf

Nr. 227 — **Sonnabend, den 28. September 1935** — **103. Jahrgang**

Zunehmender Wahlterror im Memelland

Die Wahlen unter den Augen der Gesandten der Garantiemächte

Die litauischen Parteien im Memelland sind anscheinend bestrebt, ihre Niederlage, die sie in den von ihnen einberufenen Wahlversammlungen erleben, durch rücksichtslose Gewaltmaßnahmen wettzumachen. So verhaftete in Plicken auf einer Wahlversammlung die litauische Polizei eine Anzahl von unschuldigen Memelländern, bearbeitete sie mit dem Gummiknüppel und schaffte sie mit einem Auto in das Zuchthaus Bajoren. Ein Arbeiter wurde blutig geschlagen und mit Füßen getreten. Derartige Verhaftungen werden auch aus anderen Orten gemeldet. In Grabsten erschien ein litauischer Polizeibeamter bei einer Familie Köhler und verprügelte die Tochter, schlug sie zu Boden und brachte ihr blutige Verletzungen bei. Frau Köhler wurde von einem andern Polizeibeamten mit Erschießen bedroht.

Der englische Gesandte in Kowno begibt sich zum Wahlsonntag nach Memel, um sich an Ort und Stelle von dem Wahlverlauf zu überzeugen. Auch die Regierungen Frankreichs und Italiens haben ihre Gesandten in Kowno angewiesen, sich am Wahlsonntag im Memelgebiet aufzuhalten und persönlichen Bericht zu erstatten.

Ein Franzose über den litauischen Rechtsbruch.

Der französische Senator Lemery spricht in der „Tribune des Nations" einmal ein offenes Wort über den Rechtsbruch im Memelland. Solche Feststellung aus französischem Munde ist besonders beachtenswert.

Lemery schreibt u. a.: Durch einen Gesetzeserlaß vom 13. Mai 1935 habe sich Litauen das Recht genommen, die Bestimmungen des Memelstatuts selbständig auszulegen. Sein Ziel sei gewesen, das Memelgebiet seinen anderen Provinzen anzugleichen und somit sich die vollständige Oberhoheit auch über dieses Gebiet zu sichern. Die Mehrheit der Bevölkerung sei deutsch und die Garantiemächte könnten diese Tatsache nicht übergehen. Unter Bezugnahme auf die bevorstehenden Wahlen schreibt Lemery weiter, die litauische Regierung habe in der Zwischenzeit das Wahlgesetz geändert: Das Wahlrecht sei den „nichtloyalen Bürgern" entzogen worden, eine Begriffsbestimmung, die allen Mißbräuchen Tür und Tor öffne. Lemery fragt zum Schluß, ob denn der Völkerbund nicht diese Umstände sehe, „die geeignet seien, den Frieden zu stören", wie es im Artikel 11 der Völkerbundssatzungen heiße und weiter, wodurch der Völkerbund denn die nötige Achtung vor seiner Autorität durchsetzen wolle, wenn er zulasse, daß Litauen offensichtlich die Bestimmungen des internationalen Statuts verletzen dürfe?

•

Neue memeldeutsche Beschwerde bei den Signatarmächten.

Ein Vertreter der deutschen Mehrheit des früheren Memelländischen Landtages hat den Vertretern der Signatarmächte in Genf eine neue Beschwerde überreicht, in der nachgewiesen wird, daß die Statutwidrigkeit des litauischen Vorgehens nicht nur in dem neuen Wahlgesetz, sondern auch vor allem in den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen und den Anordnungen der Wahlkreiskommission liegt. Die öffentliche Kontrolle werde ausgeschaltet und ein System der Willkür organisiert. Der Beschwerde sind Schriftstücke und Wahlproteste beigefügt.

„Der Lärm der Kanonen wird die Genfer Gespräche stören"

Deutliche halbamtliche Erklärung aus Rom

Nach der Darstellung gut unterrichteter englischer Kreise herrscht in Genf nach dem einmütigen Beschluß auf Anwendung des Artikels 15 eine sehr ernste und entschlossene Stimmung.

Es heißt, der Völkerbund werde jetzt vor weiteren Schritten nicht zurückschrecken. Es sei vielmehr wahrscheinlich, daß sehr bedeutende Vorsichtsmaßnahmen schon in allernächster Zeit getroffen würden. So sei u. a. der Vorschlag gemacht worden, internationale Polizeiflugzeuge die italienisch-abessinischen Grenzen entlang patrouillieren zu lassen, um auf diese Weise am schnellsten und klarsten über die Entwicklung von Kampfhandlungen und die Rolle des Angreifers berichten zu können.

In Rom scheint man indessen nur noch wenig Interesse an den Genfer Plänen zu haben. Das beweist ein Artikel des halbamtlichen „Giornale d'Italia", der in sehr ironischer Form mit dem „Unsinn Genfer Methoden" Abrechnung hält. Das Blatt schreibt u. a., Italien habe jetzt anderes zu tun, als sich um „Genfer Prozeduren" aufzuregen. Während in Genf ein milder Herbst herrsche, werde in Abessinien feierlichst das Fest des Endes der Regenzeit gefeiert. Vielleicht werde der Tag nicht mehr fern sein, an dem die Gespräche am Genfer See durch den Lärm der Kanonen gestört würden. Die Genfer Herrschaften würden dann merken, daß Italien angefangen habe, seine alten und neuen Konten zu regeln. Italien wisse, daß seit 40 Jahren die 500 Toten von Dogali und die 5000 von Abba Garima ungerächt und unbegraben ruhten.

Dank an den Negus.

Der neue Dreizehnerausschuß des Völkerbundes, der übrigens den spanischen Botschafter Madariaga zu seinem Präsidenten gewählt hat, hat dem Kaiser von Abessinien dafür gedankt, daß er seine Truppen von den Grenzen um 20 Kilometer zurückgenommen hat, um weitere Zwischenfälle mit Italien zu vermeiden.

•

Fieberhafte italienische Befestigungsarbeit auf dem Dodekanes.

Nach Meldungen der griechischen Blätter setzen die Italiener die Befestigung des Dodekanes fieberhaft fort. Auf der Insel Astropalos wurden 1500 Soldaten gelandet, die sofort mit Befestigungsbauten begannen. Auf der Insel Karpathos landeten 25 Wasserflugzeuge und 500 Mann. Ferner ankern zwei Kriegsschiffe vor der Insel. Auf Rhodos erfolgen ständig Landungen von militärischen Abteilungen. Zahlreiche griechische Einwohner der Insel sind wegen angeblicher Freundschaft für England verhaftet worden. Bei Kalymnos ist eine große Anzahl von Torpedobooten, Unterseebooten und Wasserflugzeugen zusammengezogen. In Kreta ist außerhalb der Fünfmeilenzone ein italienisches Kriegsschiff vor Anker gegangen.

Flaggenparade der Unterseebootsflottille „Weddigen".

Der Flottillenstander auf „U9" gesetzt.

Mit einer Flaggenparade und einer kurzen militärischen Veranstaltung unter dem Kommando des Fregattenkapitäns Dönitz an der U-Bootsbrücke in Kiel-Wik wurde die „Unterseebootflottille Weddigen" in Dienst gestellt. In einer kurzen Ansprache erklärte Fregattenkapitän Dönitz u. a.:

Wir Männer von der „Unterseebootsflottille Weddigen" haben das Vermächtnis des heldenhaften Mannes zu wahren, der bahnbrechend — ein Führer der neuen Waffe — durch Kühnheit und Können dem Gegner die ersten schweren Wunden schlug. Auch er ist mit seiner tapferen Besatzung als Soldat und Held vor dem Feinde gefallen. So wollen wir in dieser Stunde auch heißen Herzens geloben, daß wir uns dieses heiligen Vermächtnisses würdig erweisen wollen. Bereit wollen wir sein, alles für unser Volk, unsere Nation, unseren Führer zu geben.

Nach einem dreifachen Sieg Heil auf den Führer und Obersten Befehlshaber wurde der Flottillenstander auf „U9" gesetzt.

Neues deutsch-schweizerisches Reiseabkommen.

Zwischen der deutschen Regierung und dem schweizerischen Bundesrat ist eine Vereinbarung über die Wiederingangsetzung des im August unterbrochenen Reiseverkehrs geschlossen worden. Die Vereinbarung gilt vorerst bis zum 30. November dieses Jahres. Sie lehnt sich inhaltlich an das frühere Reiseverkehrsabkommen an; jedoch werden die in Deutschland ausgegebenen Reisezahlungsmittel in der Schweiz nur noch begrenzt in bar eingelöst. Im übrigen werden sie in Gutscheine umgetauscht, die von allen Betrieben des schweizerischen Gastwirtsgewerbes in Zahlung genommen werden und außerdem zum Ankauf von Fahrkarten und Kraftwagentreibstoff verwertet werden können. Die neue Vereinbarung tritt am 5. Oktober in Kraft.

Reiche Ernte ohne Segen.

Frankreich weiß nicht, wohin mit Weizen und Wein. Litauens Agrarpreise Hungerpreise. — USA. ersticken in Baumwollvorräten.

Die deutsche Ernte ist eingefahren. Auf dem Bückeberg werden alle Vorbereitungen getroffen, um am 6. Oktober das große Erntedankfest des deutschen Volkes für den Sieg der Erzeugungsschlacht 1935 in würdiger Weise zu begehen. In diesem Erntedank aber unterscheidet sich das neue Deutschland von der Mehrzahl der landwirtschafttreibenden Staaten der Welt. Gerade in den Ländern, in denen sonst der Bauer sein Auskommen hatte, geht heute das Gespenst der Sorge um. Nicht der Mangel, sondern die Sorge des Überflusses lastet auf der Landwirtschaft; der Überfluß drückt auf die Preise, drückt sie so herunter, daß der Bauer nicht einmal mehr mit ihnen seine Unkosten decken kann

Da ist Frankreich. Seine Erntezeit ist heute alles andere als Segenszeit. Verzweiflung liegt über der Bauernschaft. Die Erntearbeiter verlangen ihren Lohn, die Banken die Zinsen für die aufgenommenen Erntekredite, Genossenschaften und andere bäuerliche Hilfsorganisationen dringen auf Rückzahlung der Warenkredite, die Handwerker und Kaufleute präsentieren die Rechnungen für all die Waren, die sie dem Bauer willig mit dem Ziel geliefert haben: Zahlung bei Einbringung der Ernte. Der Bauer möchte zahlen, aber er weiß nicht wovon, denn Weizen und Wein, die für den französischen Bauern dasselbe bedeuten wie der Roggen für die deutsche Landwirtschaft, bringen seit Jahr und Tag Preise, die nicht mehr ihren Mann ernähren. Auch die Viehwirtschaft ist unrentabel geworden. Und alles das, weil allzuviel gute Ernten in den letzten Jahren waren. Rekordernten für Weizen und Wein brachte besonders das letzte Jahr. Damals sah sich die Regierung gezwungen, angesichts des enormen Preissturzes, der für diese landwirtschaftlichen Erzeugnisse einsetzte, Hilfsstellung einzunehmen, um den Bauer vor Verzweiflung und voreiliger Tat zu schützen. Drei Milliarden Franken hat sie ausgeworfen, um den überschießenden Weizen und Wein aufzukaufen und dem Bauern einen einigermaßen erträglichen Preis zu sichern. In diesem Jahre ist die Ernte zwar etwas geringer ausgefallen, aber die vorhandenen Vorräte sind noch so groß, daß die Preise weiter abgleiten, zumal noch die Weizen- und Weinkonkurrenz der nordafrikanischen Kolonien auf das Ernteangebot des Mutterlandes drückt. Die Unzufriedenheit steigt; steigt nicht nur beim Bauern, sondern auch beim Verbraucher, der infolge der enormen Verdienste im Zwischenhandel unverändert hohe Wein- und Brotpreise bezahlen muß. Die Regierung aber lehnt grundsätzlich Hilfe ab. Wein und Brot, die bisher die selbstverständlichen Beigaben jeder Mittags- und Abendmahlzeit im ärmsten und im wohlhabendsten französischen Hause, in der Kutscherkneipe und im Luxushotel waren, die einst Frankreich den Ehrenruf eintrugen, das sozial am stärksten ausgeglichene Land der Erde zu sein, sind heute eine Gefahr für Wirtschaft und Politik. Besonders für die Politik, denn der Bauer hat sich in seiner Verbitterung, in seiner drängenden Not zu einer Bauernfront zusammengeschlossen, die nicht nur Schutz der Regierung für ihre agrarpolitischen Ziele verlangt, sondern auch einen erbitterten Kampf gegen die „dunklen Mächte des Finanzkapitals" führt. Der Bauer ist politisch geworden, so wie vor 1933 der deutsche Bauer unter dem Druck der Not politisch wurde und sich unter der schwarzen Fahne der Bauernschaft sammelte. Nur mit dem einen Unterschied: während der deutsche Bauer sich dem Nationalsozialismus verschrieb, steht der französische unter dem verhängnisvollen Einfluß der von Moskau her ins Land gesandten hetzerischen Elemente. Das Ende des französischen Bauernstreiks und der Unruhen ist nicht abzusehen.

Auch in Litauen, jener südlichsten der baltischen Republiken, spielt sich unter dem Druck des Ostens und des Überflusses ein Bauernkampf großen Stiles ab. Trostlose, verfallene Gehöfte, schmutzige Katen künden schon von außen die Not dieses reinen Agrarlandes an. 70 Prozent der litauischen Bevölkerung ist in der Landwirtschaft tätig. Für diese 70 Prozent ist heute ärgste Notzeit, vor allem deshalb, weil die Regierung aus politischer Verblendung heraus sich von ihrem natürlichen Absatzmarkte Deutschland abgewandt und unabhängig zu machen versucht hat. Statt dessen glaubte Litauen in England, dem wirtschaftlichen Bewerber um die Randstaaten, einen willfährigen Abnehmer seiner Agrarerzeugnisse, vor allem seiner Butter, Eier, seines Fleisches und seines Getreides zu finden, wie es einst Deutschland gewesen war. Aber die Hoffnung trog. Und auch die Sowjetunion, die durch gelegentliche Abnahme einiger Viehbestände politischen Einfluß auf Litauen zu nehmen versucht, ist kein Ersatz für den deutschen Käufer geworden. So kommt es, daß heute in Mengen landwirtschaftliche Erzeugnisse in Litauen verderben, so kommt es, daß sie nur noch Preise erlösen, bei denen der Bauer verhungern muß. **Ein Kilo Butter kostete im November 1934 2,65 Lit (1 Lit = 42 Pfennige), ein Kilo**